

Cremetorten-Verbot auf Volksfesten

# Rechtsvorschriften verunsichern Akteure

Zu „Amt geht gegen Cremetorten vor“, Volksstimme vom 8. September:

In den vergangenen Tagen hat die Berichterstattung der Volksstimme zur Wahl der Bördeback-Königin die Gemüter sehr erhitzt. Dabei spielt die Ordnungsverfügung des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes des Landkreises Börde, die den Veranstalter die Abgabe von creme-, pudding- und sahnehaltigen Feinbackwaren an die Gäste untersagte, eine zentrale Rolle.

Leider hat die einseitige und von keiner Fachkompetenz zeugende Berichterstattung der Volksstimme sehr zur Verunsicherung der Bevölkerung und Verunglimpfung meiner Mitarbeiter beigetragen. Für mich sind in diesem Fall die Grenzen der Pressefreiheit bei weitem überschritten, wenn das rechtmäßige Handeln der Ordnungsbehörden in der vorliegenden Weise verunglimpft wird und einzelne Mitarbeiter der Presse sogar soweit gehen, indirekt zum Rechtsverstoß aufzurufen.

Im vorliegenden Fall haben die Veranstalter die Rechtsvorschriften sicher als Beschwerneis empfunden. Dennoch gibt es diese aus gutem Grund, nämlich zum Schutz der Allgemeinheit und den haben die

Ordnungsbehörden mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen. Die Interessen einzelner, im vorliegenden Fall die des Heimatvereins, haben dabei zurückzustehen.

Mich würde interessieren, wie wohl die Mitarbeiter der Volksstimme reagiert hätten, wenn jemand auf Grund von Salmonella enteritidis erkrankt wäre. Die Kritik am behördlichen Handeln wäre programmiert und die Hatz nach dem Schuldigen ebenso.

Wenn die Bevölkerung derart tendenziös informiert wird, in dem unterstellt wird, engagierte Frauen hätten nach Meinung der Behörde schmutzige Haushalte oder bürgerliches Engagement soll verhindert werden, dann verwundern die Leserbriefe nicht.

Allerdings geht diese Berichterstattung völlig an der Sache vorbei und hat mit Seriosität meines Erachtens wenig zu tun. Hier ist Schaden bei meinen Mitarbeitern und in der Bevölkerung angerichtet worden.

Ich gehe davon aus, dass die Presse in einem Rechtsstaat sich ihrer Verantwortung bewusst sein sollte und bestehende Rechtsnormen und die Menschen, die diese durchzusetzen haben, auch akzeptieren sollte.

Aus meiner Sicht ist es dringend erforderlich, Sachlichkeit

und Fachlichkeit in die Diskussion zu bringen und von einer einseitigen, derart verunglimpfenden und teilweise auch verantwortungslosen Berichterstattung abzusehen.

**Iris Herzig,  
Dezernentin,  
Landkreis Börde**

Wie in der Volksstimme zu lesen war, kündigte der Amtstierarzt Olaf Ruppert an, künftig im Landkreis Börde auf allen Kulturveranstaltungen, Vereins-, Kirchen- oder Dorffesten, Kuchenbasaren der Schulen, Kindergärten, Feuerwehren oder Seniorentreffen sein absolutes „Tortenverbot“ (Verbot von creme-, pudding- oder sahnehaltigen Feinbackwaren) durchzusetzen. Mit „geltendem Recht und gesetzlichen Bestimmungen“ begründete seine Behörde dieses konsequente Handeln zum Schutz der Verbraucher.

Als Vorsitzender des Heimat- und Kulturvereins machte ich mir natürlich Gedanken, was in Zukunft aus dem kulturellen Leben im Zuständigkeitsbereich von Herrn Ruppert werden sollte. Erst das gesellige Miteinander macht unsere Dörfer lebens- und lebenswerter und schafft die Möglichkeit, soziale Kontakte zwischen den Generationen zu knüpfen. Das leibliche Wohl gehört einfach dazu.

Verunsicherte Akteure und Betroffene riefen mich an und wollten Rat zur neuen rechtlichen Lage bzw. zu den viel zitierten Europa-Hygieneverordnungen EG Nrn. 178/2002 und 852/2004, die so genannten Basis-Hygieneverordnungen.

Also wandte ich mich nach Brüssel an die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz. Die Antwort der Europäischen Kommission möchte ich auszugsweise unkompliziert der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Im Leitfaden für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 852 (2004) über Lebensmittelhygiene – Ziffer 3.8 – heißt es: „Vorgänge, wie die gelegentliche Handhabung, Zubereitung und Lagerung von Lebensmitteln sowie Speisenzubereitung durch Privatpersonen bei kirchlichen oder schulischen Veranstaltungen, bei Dorffesten usw. fallen nicht in den Geltungsbereich der Verordnung. Dies geht aus Erwägungspunkt 9 der Verordnung (EG) Nr. 852/2004 hervor. Dort heißt es im zweiten Satz: „Die Gemeinschaftsvorschriften sollten nur für Unternehmen gelten, wodurch eine gewisse Kontinuität der Tätigkeiten und ein gewisser Organisationsgrad bedingt ist.“

Der Ausdruck „Unterneh-

men“ ist in der Definition von „Lebensmittelunternehmen“ enthalten (gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Allgemeinen Lebensmittelrechts, Verordnung (EG) Nr. 178/2002 ist ein „Lebensmittelunternehmen“ ein „Unternehmen“). Wer gelegentlich und in kleinem Rahmen Lebensmittel handhabt, zubereitet, lagert oder speisen zubereitet (z. B. Kirchen, Schulen oder anlässlich von Dorffesten und anderen Ereignissen, wie etwa Wohlfahrtsveranstaltungen, für die freiwillige Helfer Lebensmittel zubereiten), kann nicht als ein „Unternehmen“ angesehen werden und fällt daher nicht unter die Hygienevorschriften der Gemeinschaft.

Vor diesem gesetzlichen Hintergrund lege ich natürlich Widerspruch gegen die erlassene Ordnungsverfügung ein. Der hoffentlich ungetrübten Wahl der nächsten Bördeback-Königin sehe ich als einen der festlichen Höhepunkte für unsere Region entgegen.

**Heinz-Werner Buhr,  
Heimat- und Kulturverein  
Niederndodeleben/  
Schnarsleben**

Mit diesen Wortmeldungen beenden wir die Diskussion auf der Leserbriefseite um das Cremetorten-Verbot